

SACHSEN

Union fordert Wolfsabschüsse im Notfall

Politiker von CDU und CSU wollen die Zahl der streng geschützten Wölfe regulieren und sie notfalls auch erlegen lassen. „Abschüsse von Wölfen, die ein atypisches Verhalten aufweisen oder sich innerhalb eingezäunter Weiden befinden, sollten ermöglicht werden“, erklärte der sächsische Landtagsabgeordnete Jan Hippold nach einem Treffen der umweltpolitischen Sprecher beider Parteien im Bund und in den Ländern in Dresden. Mit ihrer „Dresdener Resolution“ setzen die Politiker ein deutliches Zeichen in der Wolfspolitik. Durch die Bestandszunahme der Wölfe sei anders als bisher mit ihnen umzugehen. Die Zuwachsrate von jährlich 30 Prozent sei die Folge des Artenschutzes und der Nichtbejagung. Einige Aussagen vorgeblicher Fachleute zur Ausbreitungsgeschwindigkeit und zum Aufwand für den Herdenschutz hätten sich als unzutreffend erwiesen, heißt es in dem Papier. Konkret gefordert wird ein bundesweites Wolfsmonitoring auf wissenschaftlicher Basis. Besonderes Augenmerk soll auf die genetische Herkunft der Wölfe gelegt werden.

Der Wolf wird von der Weltnaturschutzorganisation (IUCN) in der Roten Liste Europas als ungefährdet eingestuft. Die Politiker fordern die Überprüfung der FFH-Richtlinie und des Schutzstatus. Betroffene, wie Landwirte und Jäger, müssten in die kommenden Entscheidungen mit einbezogen werden. Wollte Deutschland die Weidenhaltung von Nutzvieh erhalten, müssten Ausgleichszahlungen in voller Höhe erfolgen. Auch der Unterhalt von Herdenschutzhunden müsse unterstützt werden. Das Umweltministerium solle sowohl innerhalb Deutschlands als auch auf europäischer Ebene aktiv werden.

Die Annahmen, dass Wildschäden bei Präsenz der Wölfe abnähmen, hätten sich als Irrtum herausgestellt. Vielmehr komme es zur verstärkten Rudelbildung und damit zu steigenden Wildschäden, den die Jagdpächter zahlen müssen.

Weiterhin solle geprüft werden, den Wolf ins Jagdrecht zu übernehmen und mit einer ganzjährigen Schonzeit zu versehen. Damit würden die Jäger aktiv ins Monitoring mit einbezogen. Nicht zuletzt fordern die Politiker eine sachliche und aufklärende Öffentlichkeitsarbeit, um Akzeptanz für den Wolf zu schaffen. Praktikable Leitlinien und Handlungsanweisungen im Umgang mit Wölfen sollten entwickelt und kommuniziert werden. „Auch das in letzter Konsequenz notwendige Töten verhaltensauffälliger Tiere, auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, darf nicht tabuisiert werden“, heißt es von Seiten der Union.

uao



Der Wolf soll nach den Vorstellungen von CDU und CSU mit ganzjähriger Schonzeit ins Jagdrecht.